DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. Feb. 90

BAF Februar 1990

VORWORT ZU DIESEM "BREMER ANTIFASCHIST"

Am 6. Februar 1990 tagte der neugewählte Landesvorstand (LV) der VVN-BdA Bremen e.V. zum 4. Mal. Um die auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) deutlich gewordenen unterschiedlichen Auffassungen weitgehend zu klären, wurde beschlossen, vorerst alle zwei Wochen zu tagen.

Die in den bisherigen Sitzungen erzielten Beschlüsse wurden zwar nicht einstimmig verabschiedet (siehe Protokolle), haben aber einige Fragen geklärt. Nun kann der LV sich den inhaltlichen politischen Fragen zuwenden, die in den von der LDK an den LV überwiesenen Anträgen eine Antwort erfordern. Bei der konträr geführten Aussprache wurde auch angemahnt, die in den Zuschriften angesprochenen Fragen zu behandeln. Dabei werden sicher auch weiterhin unterschiedliche Meinungen nicht im "Handumdrehen" auszugleichen sein. Darauf kommt es auch nicht an, sondern die Debatte sollte "vor Ort weitergeführt werden".

Während der lebhaften Aussprache hatte die Kameradin Irmgard ihre Beiträge immer mit der Anmahnung verbunden, endlich den "BAF" herauszugeben; denn die Kameradinnen und Kameraden warten darauf. So wie Du den "BAF" heute in den Händen hältst, so wurde er vom LV beschlossen. Für die Inhalte sind die Autoren verantwortlich.

Es bleibt nur noch anzumerken, der LV wird die offenen Sitzungen beibehalten, damit die Aussprachen in den Gruppen und Kreisen weitergeführt und die Beschlüsse umgesetzt werden. In der Praxis bewährt sich Theorie.

- Willy Hundertmark -

WAS HEISST ANTIFASCHISMUS DER NEUNZIGER JAHRE?

Auf unserer Landesdelegiertenkonferenz vom 09.12.1989 wurde im einstimmig verabschiedeten Antrag 2 a ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes und zur Aufgabe: "die Arbeit der VVN-BdA-Landesorganisation qualitativ und quantitativ auf eine neue Stufe" zu heben, abgelegt. Bei der Frage nach den Inhalten des Antifaschismus in den Neunziger Jahren gibt es jedoch sehr unterschiedliche Meinungen. Die Einen sehen im "O.u.A.-Programm" von 1987 und in den "Thesen für eine antifaschistische Bundesrepublik" von 1989 die Antworten, Andere meinen, es müsse alles infragegestellt, neubedacht und neubestimmt werden, einschließlich der Organisation VVN-BdA.

Ich maße mir nicht an, hierzu letzte Antworten zu geben, aber ich meine, wir haben in der Tat viel Anlaß, Inhalte und Formen unserer Arbeit zu überdenken und diese gemeinsam auf eine neue Stufe zu heben. Dafür möchte ich ein paar Überlegungen einbringen.

In einem ungeheuer dramatischen, dynamischen Prozeß ändern sich die Bedingungen für die Arbeit aller politischen Kräfte unseres Landes. Das stalinistisch geprägte System des Sozialismus ist zusammengebrochen. Der Kapitalismus hat sich in der Auseinandersetzung mit diesem System als stärker erwiesen. Die Idee des Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus ist schwer diskreditiert. Die herrschenden Kräfte der BRD drängen auf eine rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die Gunst der Stunde nutzend, streben sie ein Gesamtdeutschland mit kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen, der Einbindung in die NATO und einer Vormachtsstellung im zu schaffenden europäischen Haus an. Gegen berechtigte Warnungen vor einer solchen Entwicklung schüren sie nationalistische Tendenzen und stärken damit auch die rechtsextremistischen und neofaschistischen Kräfte.

In unserem "O.u.A.-Programm" und den erwähnten "Thesen" fordert die VVN-BdA dagegen antifaschistische Lösungen für die Zukunft. Sie verweist mit Recht darauf, daß in Parteien, Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen und Bewegungen Antifaschismus zum Bezugs- und Orientierungspunkt geworden ist und sich damit neue Möglichkeiten für breite antifaschistische Bündnisse eröffnen. Sie formuliert davon ausgehend Maßstäbe antifaschistischer Politik **"für die Bundesrepublik"**.

Ich meine, wenn Antifaschismus Bezugs- und Orientierungspunkt bleiben und die Möglichkeit breiter antifaschistischer Bündnisse wirklich ausgeschöpft werden sollen, erfordert das heute die Erarbeitung von Maßstäben antifaschistischer Politik **für den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, für die Gestaltung des zukünftigen Deutschlands und des gemeinsamen europäischen Hauses.**

Was darunter aus meiner Sicht zu verstehen ist und was natürlich nur als Diskussionsbeitrag für uns und für die Zusammenarbeit mit anderen verstanden werden sollte, kann ich hier nur andeuten:

- Keine Vereinigung als ´Anschluß´ der DDR an die BRD. Der Prozeß der Vereinigung sollte schrittweise zu einem deutschen Staat führen, dessen innere verfassungsrechtliche und tatsächliche Ordnung antifaschistisch-demokratisch ist. Was wir darunter verstehen, haben wir in unserem Programm und den Thesen gesagt.

- Vereinigung im Prozeß entschiedener Abrüstungsmaßnahmen - Reduzierung von Truppen und Rüstung auf eine Hundert- bis Hundertfünfzigtausend-Mann Armee - Auflösung der beiden Militärblöcke und Abzug aller ausländischen Truppen vom deutschen Territorium. Sicherheit Europas und Deutschlands durch ein gemeinsames Militärbündnis auf niedrigem Niveau.

- Unverzügliche wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für die DDR ohne Bedingungen und Einsatz der durch Abrüstung freiwerdenden Mittel für die Bewältigung globaler Probleme und die Not der Länder der Dritten Welt.

- Sicherung der demokratischen und sozialen Rechte - Plebiszitäre Mitbestimmung - Verbot neonazistischer Tätigkeit und Propaganda - Aufklärungsarbeit und soziale Maßnahmen in Städten und Gemeinden mit dem Ziel, ein antifaschistisches Klima zu schaffen - Wirtschaftliche Macht muß dem Wohl der Allgemeinheit untergeordnet werden.

Hat das für die Arbeit unserer Bremer Landesorganisation Bedeutung?

Nun ganz zuerst einmal deshalb, weil wir Bremer Antifaschisten an die sich vollziehenden gewaltigen Veränderungen realistisch herangehen und uns eine Meinung dazu erarbeiten müssen, unabhängig davon, ob das bundesweit schon geleistet ist oder nicht.

Zum Zweiten denke ich, ist das wichtig für unsere Zusammenarbeit mit allen, die in Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und Bewegungen ähnlich wie wir die Entwicklung verfolgen und dazu Anforderungen erarbeiten und aktiv werden.

Schließlich stehen viele Aktionen und Aktivitäten 'ins Haus': der Ostermarsch, der 1. und der 8. Mai, der Ausbau der Städtepartnerschaft Bremen-Rostock und der Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit antifaschistischen Kräften der DDR, der CSSR und anderer osteuropäischer Staaten. Bisherige Forderungen bleiben: Humanes Ausländerrecht einschließlich kommunalem Wahlrecht; Verbot neonazistischer Tätigkeit und Propaganda; kommunale und soziale Verbesserungen; sicherlich auch Forderungen, die den Vereinigungsprozeß und die europäische Problematik betreffen.

Weiterentwicklung und Neubestimmung unserer Arbeit? Ich halte sie für unerläßlich und dazu gehört auch die kritische Auseinandersetzung mit bisheriger Arbeit. Infragestellung oder gar Auflösung der VVN-BdA? Ich halte das für ausgeschlossen! Den Nutzen hätten nur jene, die die Schuld dafür tragen, daß die Geschichte von Faschismus und Widerstand in unserem Lande nie aufgearbeitet wurde, die Rechtsextremismus und Neonazismus duldeten und förderten und gegenwärtig die Lage in der DDR und die Übersiedler für die Schaffung einer üblen nationalistischen Atmosphäre mißbrauchen. In dieser Zeit kann nicht die Auflösung einer bewährten und anerkannten antifaschistischen Organisation oder ihr Aufgehen in eine Bewegung entstehen, sondern notwendig ist die allseitige Stärkung der VVN-BdA.

- Herbert Breidbach -

VORSPANN ZUM ARTIKEL JOHN GERARDU

Der nachfolgende Artikel wurde in den "BAF" aufgenommen, obwohl in der redaktionellen Beratung - sowohl Grundlinie wie Einzelheiten - sehr kontrovers diskutiert und Protest geäußert wurde.

In der nächsten Ausgabe des "BAF" wird zu diesem Artikel eine entsprechende Antwort erscheinen.

- Die Redaktion - (Walter Federmann, Herbert Breidbach, Peter Reichel, Willy Hundertmark, Raimund Gaebelein-Henkel, John Gerardu, Irmgard Alfken)

WIE WEITER MIT DER VVN/BDA?

Seit Dezember '89 ist kein BAF mehr erschienen. Die "Antifaschistische Rundschau" ist auf Bundesebene im Dezember zum letzten Mal herausgegeben worden. Die beiden Vorsitzenden der VVN-BdA im Lande Bremen schreiben einen Brief, damit die Mitglieder endlich informiert werden, und eine Woche später schicken 4 Landesvorstandsmitglieder, die diese Information für unzureichend hielten, noch einen Brief hinterher. Darin luden sie zu einem Treffen am 17.02. ein, das mittlerweile bei einer Abstimmung von einer Mehrheit des Vorstandes als "außerhalb der VVN-Strukturen" abgelehnt wurde.

In einer Zeit, in der die meisten Mitglieder die dramatischen Entwicklungen innerhalb der VVN-BdA meist nur den Tageszeitungen entnehmen konnten, hat unsere Informationspolitik gegenüber den eigenen Mitgliedern kläglich versagt und dasjenige, was veröffentlicht wurde, hat nur zur weiteren Verunsicherung beigetragen.

Wo liegen die Ursachen für das Versagen?

M. E. gibt es angesichts der großen Veränderungen in der Welt allgemein eine Verunsicherung innerhalb der fortschrittlichen Bewegung unseres Landes. Davon sind auch diejenigen Kräfte betroffen, die in der BRD eine antifaschistische Politk versuchen zu entwickeln. Wiedervereinigung, Nationalismus, Antisozialismus sind die Themen, die viele Leute in der BRD und der DDR (oft sehr widersprüchlich) beschäftigen und zu denen die antifaschistische Bewegung noch kein Gegenkonzept gestaltet hat. Das schafft Unsicherheit in unseren eigenen Reihen. Kaum jemand mag sich öffentlich äußern, denn bereits am nächsten Tag kann die Aussage schon überholt sein.

In unserer eigenen bundesweiten VVN sind wir zusätzlich verunsichert, viele auch enttäuscht durch die jetzt bekanntgewordenen finanziellen Abhängigkeiten von der SED. Sicherlich haben viele Mitglieder immer schon gewußt, daß die VVN Geld aus der DDR erhält, aber nach außen haben sie es nie vertreten, sondern gar abgestritten, und nach innen haben sie die klärende Diskussion über die Richtigkeit dieser Finanzierung nicht geführt. Mit Sicherheit haben die meisten nicht gewußt, daß die Abhängigkeit so groß war, daß das Versiegen der Quellen das Aus für viele Aktivitäten bedeutete (Bundesgeschäftsstelle, Archiv, Publikationen etc.) und die Entlassung des gesamten hauptamtlichen Apparates auf Bundesebene und z.T. in den Ländern. Womit diese finanzielle Abhängigkeit gekauft wurde in den letzten Jahrzehnten, wird unsere eigene Aufgabe sein, dies zu untersuchen. Hieraus wird sich unsere Legitimation für weitere Kooperation seitens unserer Bündnispartner in der antifaschistischen Bewegung ableiten.

Eine weitere Ursache für das Versagen in der Informationspolitik ist m. E. in der vergifteten Atmosphäre innerhalb des Landesvorstandes zu suchen. Die kontroversen Diskussionen um Sanierungskonzepte wurden oft unnötig von einigen Teilnehmerlnnen der LV-Sitzungen zusätzlich "aufgeheizt". Stundenlange Debatten um vergleichsweise unwichtige Tagesordnungspunkte waren die Folge. Konsens über gemeinsame Erklärungen an Mitglieder und/oder Presse sind kaum noch möglich.

Aus meiner Sicht stellt sich die Situation der VVN-BdA im Lande Bremen wie folgt dar:

- Die Diskussion um Sanierungskonzepte überdeckt inhaltliche Unterschiede innerhalb der Mitgliedschaft. Gleichzeitig ist diese Mitgliedschaft nicht an der Diskussion beteiligt. Lediglich einige Mitglieder, die während der Landesdelegiertenkonferenz in die Finanzkommission gewählt wurden und der LV setzen sich aktiv mit diesen Problemen auseinander. Abgesehen von der Gruppe West werden kaum noch Mitgliederversammlungen durchgeführt. Angesichts der gewaltigen Probleme und der Notwendigkeit einer Perspektivplanung müssen Anstrengungen unternommen werden, wie die gesamte Mitgliedschaft mobilisiert werden kann. Dies geschieht mit Sicherheit nicht, wenn der oben beschriebene Weg weiter befahren wird.
- Ca. 30 - 40 Mitglieder haben in den letzten 3 Monaten unserer Organisation den Rücken zugekehrt. Manche von ihnen taten dies unter Verweisung auf die bisher bekanntgewordenen Machenschaften des Bundesvorstandes (SED-Finanzierung, DKP-gesteuerte Personalpolitik etc.). Andere bezogen sich ausdrücklich auf die in ihren Augen unzulässigen Attacken auf Volker Homburg und auf die Form der Auseinandersetzung innerhalb der Organisation.

Diese Austritte schmerzen uns sehr, zumal es sich zum Teil um Kameradlnnen handelt, die jahrelang in unserer Bewegung aktiv waren. Manche hätten wir vielleicht noch in unseren Reihen halten

können, wenn wir rechtzeitig die offene Diskussion mit ihnen geführt hätten.

- Die Mitgliedschaft der VVN-BdA in Bremen ist zerrissen in zwei Lager, wobei sicherlich auch noch viele Mitglieder dazwischen "hängen", die sich keinem Lager anschließen mögen oder wollen. Diese Lager, deren Ausrichtung man anhand der BAF-Thesendiskussion nachvollziehen kann, sind sicherlich nicht in sich gefestigt und haben keine inhaltliche Plattform. Man fühlt sich inhaltlich und oft auch emotional mehr oder weniger einer Grundtendenz des jeweiligen Lagers zugezogen. In den nächsten Monaten muß Klarheit geschafft werden, ob diese Lager miteinander in einer Organisation arbeiten können oder ob die jeweiligen Positionen sich ausschließen. Dies kann und darf nicht vom Vorstand alleine beschlossen werden! Hierbei ist die ganze Mitgliedschaft gefragt!
- Die bisher eingeleiteten Sparmaßnahmen in Bremen werden nicht von allen Mitgliedern des Landesvorstandes getragen:
  a. Der hauptamtliche Landessekretär Volker Homburg wird zum 31.03.90 gekündigt.
  b. Das Büro in der Bgm.-Deichmann-Straße soll erhalten bleiben. Ab sofort wird ein Bürodienst mit ehrenamtlichen Mitgliedern organisiert.
  c. An Bürokosten, Porto, Telefon etc. soll zukünftig erheblich gespart werden.
  d. Der BAF-Verteiler soll überprüft werden; Druck- und Portokosten sind zu senken; die Mitglieder sollen gefragt werden, ob sie bereit sind, die bisherigen AR-Beiträge für den BAF zu spenden.

Insbesondere die beiden erstgenannten Punkte sind strittig. Die Entlassung des hauptamtlichen Sekretärs und die Bürovertretung durch ehrenamtliche Kräfte werden zukünftig das Außenbild der VVN ändern. Einige LV-Mitglieder befürchten in dessen Folge eine Verstärkung der Tendenz zu einem - in ihren Augen bereits jetzt vorhandenen und übergewichtigen - verengten Politikverständnis. Ausdruck hierfür ist u.a. die ausdrückliche Bestätigung des Briefes von Willy Hundertmark und Irmgard Alfken (mit 4 zu 3 Stimmen) durch den Vorstand und die damit verbundene Ablehnung des Briefes der 4 Vorstandsmitglieder Volker Homburg, John Gerardu, Niels Bahn und Marion Wildner.

Mögliche Alternativen zu den beiden erstgenannten Sparmaßnahmen wurden von der Mehrheit des Vorstandes nicht weiter verfolgt. Für sie stand fest: wir wollen dieses Büro und kein anderes, und wir wollen keinen hauptamtlichen Sekretär mehr.

- Folgender Zeitplan ist auf der Sitzung vom 06.02.90 vom Landesvorstand beschlossen worden:

21.04. Landesmitgliederkonferenz

12.05. Landesdelegiertenkonferenz, bei der u.a. die DelegiertInnen für den Bundeskongress am 09. und 10.06.1990 gewählt werden sollen.

Die Veranstaltung am 17.02. im Bürgerhaus Vahr, zu der die oben genannten 4 Landesvorstandsmitglieder aufgerufen hatten, wird von der LV-Mehrheit nicht als eine VVN-Veranstaltung bestätigt. Sie findet außerhalb der VVN-Strukturen statt.

Vor dem 21.04. werden also wohl nur noch Gruppenaktivitäten stattfinden, die mehr oder weniger das Informationsbedürfnis der Mitglieder befriedigen. Woher die Mitglieder beispielsweise der Gruppe Ost diese Informationen erhalten, ist unklar. Ggf. werden diese Mitglieder den Landesvorstand auffordern müssen, auf Landesebene zusätzliche Veranstaltungen durchzuführen.

– John Gerardu –

VVN-BDA BREMEN E.V. - VOR ORT - Protokolle des Landesvorstandes, Zusammenfassung vom 09.12.1989 bis 30.01.1990

- Als unausweichliche Folge auf das Ausbleiben des finanziellen Zuschusses seitens des VVN-Bundesvorstandes: das Gehalt für den hauptamtlichen Landessekretär, wurde mit 6:1 beschlossen: bis auf weiteres keine Gelder an den Bundesvorstand abzuführen - bis die ordnungsgemäße Abwicklung des Beschäftigungsverhältnisses (31.03.90) geregelt ist.

- Desweiteren sollen, ab Januar 1990, alle Mitgliedsbeiträge - ebenfalls zu dem Zweck der ordungsgemäßen Abwicklung - an die Landeskasse überwiesen werden. So beschlossen, 5:2 Stimmen.

- Außerdem wendet sich die VVN-BdA Bremen e.V. an alle Initiativen (besonders die Nutznießer unseres Büros, unserer Büroeinrichtungen, unserer Angestellten) mit der Bitte um Überprüfung, inwieweit sie sich angemessen an den Unkosten beteiligen können.

- Am 24.01.1990 ist ein Treffen aller KassiererInnen, UnterkassiererInnen angesetzt - mit der Maßgabe, 1. Offenlegung der Finanzsituation (Ist-Stand); 2. Problemlösungen zu erörtern; 3. ein übersichtliches System für MONATLICHE Abrechnung zu erstellen.

Dieses Treffen wurde durchgeführt. Den Antrag von Günther Rhodenburg hatte der LV mit 6:1 Stimmen angenommen, mit der Änderung des Antragtextes von "fordern die Mitglieder auf" in "die Mitglieder möchten überprüfen, ob sie ein Jahr lang ihre Beiträge verdoppeln können".

Mit dieser Forderung möchten die KassiererInnen den Mitgliedern gegenüber nicht auftreten und lehnten ihn deshalb ab.

Sie stimmten aber zu, die Beiträge - für die Monate Januar/Februar/März voll an den LV zu überweisen und von den in 1989 noch vorhandenen Gruppenanteilen einen Betrag abzuführen.

- Die erste Zusammenkunft des am 09.12.1989 gewählten Landesvorstandes fand am 19.12.1989 statt und ergab:

Die Finanzen zu regeln, hat erste Priorität.

Folgende Fragen wurden kontrovers diskutiert:

Wer ist zuständig für die Absicherung des inzwischen gekündigten Landessekretärs? Der bisher zahlende Bundesvorstand? Die Landesorganisation? Abschließend wurde mehrheitlich anerkannt:

Wir müssen diese Aufgaben übernehmen. Auch die Nachforderung des Gekündigten, für die Monate Januar-Februar-März 1990 einen Zuschlag auf sein reguläres Gehalt (DM 2.300,--) von DM 700,-- zu gewähren, wurde nach langem Hin und Her so akzeptiert - unter dem Vorbehalt, "daß dies juristisch einwandfrei sei". (Der Gekündigte Landessekretär suchte trotzdem Rechtsbeistand bei Rechtsanwalt Volkert Ohm.)

- Wegen der inzwischen eingesetzten Pressekampagne sind etliche Mitglieder verunsichert. Deshalb hat der Landesvorstand am Jahresende einige Vorstandsmitglieder beauftragt, einen Mitgliederbrief zu erarbeiten und abzuschicken. Am 27.12. und 28.12.1989 hat diese Gruppe getagt und die Aufgabe erledigt. Unseren Brief haben demnach alle Mitglieder erhalten.

- Es wurde weiter beschlossen, keine persönlichen Erklärungen abzugeben - nur nach Absprache mit dem Landesvorstand. Dagegen wurde verstoßen: Am 05.01.1990 nahmen sich vier KameradInnen das Recht, einen eigenen Brief an die Mitgliedschaft abzusenden, weil der Inhalt des Briefes nicht "ihre Billigung fand". Zu dieser "Begründung" der eigenmächtigen Briefschreiber faßte der Landesvorstand folgenden Beschluß am 23.01.1990:

1. Es wird bekräftigt, daß die mit dem Brief Beauftragten dieses gemäß des LV-Beschlusses erledigt haben.

2. Der Brief vom 05.01.1990 mit den vier Unterschriften ist eine Eigeninitiative - die Einladung zu einem Treffen (17.02.1990) ist keine Einladung des Landesvorstandes zu einer Veranstaltung unserer Organisation VVN-BdA e.V., sondern eine Eigeninitiative der Unterzeichner der Einladung. - Bestätigt mit 4:3 Stimmen.

- Der Landesvorstand hat beschlossen, die - bereits seit der letzten Landesdelegiertenversammlung ausgelaufene - Funktion eines Landessekretärs vorerst, in der jetzigen Wahlperiode, nicht zu besetzen. Statt dessen haben wir einen (ehrenamtlichen) Bürodienst eingerichtet. Das ist inzwischen angelaufen.

- Wir haben jetzt also den ungewöhnlichen Zustand: keinen innerorganisatorischen Landessekretär, wohl aber, bis 31.03.1990, einen Angestellten.

- Die finanzielle Abwicklung dieser arbeitsrechtlichen Verbindlichkeit ist gesichert und wird dementsprechend ordnungsgemäß durchgeführt.

- Ab jetzt können und WOLLEN wir uns endlich unserer inhaltlichen Arbeit voll widmen.

- Irmgard Alfken -

DIE EINEN und die Anderen

viele haben getan,
was ihnen möglich war.
einige tun, was notwendig ist -
und,
während Du
mit Deiner als Geduld getarnten
G l e i c h g ü l t i g k e i t
noch immer
ins Vermeidbare Dich fügst,
tragen manche die Last
D e i n e s L e i c h t s i n n s
bis über die Grenzen ihrer Kraft
aber,
niemand kann eintreten für Dich,
in D e i n e Verantwortlichkeit.

(Lieselotte Rauner)

TERMINE

Die nächsten VVN-MAHNWACHEN MARKTPLATZ
Mi. 28. Februar
Mi. 21. März
jeweils 16-18 Uhr

SINGEKREIS HERMANN BÖSE
Do. 01. März
Do. 15. März
Do. 29. März
jeweils 19 Uhr Bgm.-Deichmann-Straße

VVN LANDESVORSTAND
Di. 06. März
Di. 20. März
Di. 03. April
jeweils 19 Uhr Büro

VVN GRUPPE WEST
19. Febr. 20 Uhr MV
Büro
Thema:
Neues Denken im Antifaschismus

3./4. März
Seminar in Seppensen

19. März 19.30 Uhr
Büro Jahreshauptversammlung

24. Mai Himmelfahrt
Fahrt nach Amsterdam.
Besuch des Anne-Frank-Hauses. Abfahrt 7 Uhr Büro.
Buskosten ca. 25 - 30 DM. Anmeldung Gruppe West oder Büro

VVN GRUPPE SÜD
22. März 20 Uhr MV
Zionsgemeinde
Kornstraße 31
Thema: Antifaschismus heute/Wahl zur Landesdelegiertenkonferenz

WEITERE VERANSTALTUNGEN
01. März - 30 Jahre Ostermarsch Veteranentreffen
19.30 Uhr Stephani-Gemeinde
15. März "Die Republikaner im Aufwind, soziokulturelle Hintergründe".
Ref. Arno Klönne, Veranst. Büchergilde, Breitenweg, 20 Uhr
10. April Friedensforum - Podiumsgespräch
19.30 Uhr Stephani-Gemeinde
16. April OSTERMARSCH
21. April Landesmitgliederversammlung VVN-BdA
12. Mai
Landesdelegiertenkonferenz VVN-BdA
9./10. Juni
Bundeskongreß VVN-BdA

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag!

Helma Klems	am 03. Januar 62 J.
Frieda Giese	am 04. Januar 76 J.
Lina Schwartz	am 05. Januar 84 J.
Karl Weidner	am 10. Januar 79 J.
Fritz Franz	am 17. Januar 79 J.
Heinrich Kampen	am 19. Januar 92 J.
Meta Böttcher	am 01. Februar 80 J.
Anna Meyer	am 05. Februar 90 J.
Anneliese Fenneram	09. Februar 70 J.
Helene Winter	am 09. Februar 77 J.
Manuel Cacino	am 12. Februar 78 J.
Johanna Ellmers	am 17. Februar 72 J.
Lotti Pape	am 22. Februar 86 J.
Waltraud Metz	am 23. Februar 64 J.
Wilma Reinhardt	am 24. Februar 95 J.
Metita Dammel	am 02. März 67 J.
Ursula Czenitschek	am 10. März 63 J.
Frieda Handl	am 13. März 77 J.
Eduard Fregin	am 20. März 84 J.
Adolf Pusch	am 21. März 78 J.
Tilla Hundertmark	am 22. März 75 J.
Georg Minder	am 29. März 64 J.

DOKUMENTATIONS- UND INFORMATIONS-ZENTRUM EMSLAND-LAGER informiert:

Das D.I.Z. führt 2 Seminare durch, zu denen Interessenten sich anmelden können. Beide Seminare finden in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte in Papenburg statt. Der Teilnehmerbeitrag beträgt DM 56,-- (ermäßigt DM 42,--) pro Seminar, einschl. Unterkunft und Verpflegung.

3.-4. März 1990
"Militärstrafgefangene in den Emslandlagern"
Referenten: Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Fietje Ausländer, Dr. Detlev Garbe und ehem. Militärstrafgefangene.

12.-13. Mai 1990
"Kriegsgefangene in den Emslandlagern"
Referenten: Prof. Dr. Werner Boldt, Ku Buck

Auskunft: im VVN-Büro oder beim DIZ (04961-4971)

ZEITZEUGEN AUS DEN EHEMALIGEN NS-ZUCHTHAUS OSLEBSHAUSEN GESUCHT

Senator Kröning bittet Bremer um Mithilfe bei Rostocker Forschung

Zeitzeugen, die über die Haftbedingungen im ehemaligen Zuchthaus Oslebshausen in der Zeit von 1941 bis 1945 berichten können, werden von der Universtät in Bremens Partnerstadt Rostock gesucht.

Zeitzeugen - frühere Gefangene, Justizbeamte oder Anwohner der Anstalten jener Zeit - werden gebeten, Frau Ilka Renken beim Senator für Justiz und Verfassung (Tel. 361-2329) ihre Erinnerungen mitzuteilen.

PROTESTERKLÄRUNG GEGEN DIE ABSETZUNG VON "BIZBIZE" an Radio Bremen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchten wir mit allem Nachdruck gegen die beabsichtigte Absetzung der Sendung "BizBize" von Ihrem Programmangebot protestieren.

BizBize war und ist ein kleiner, aber wohltuender Farbklecks im Programm, viel zu

begrenzt zeitlich, aber dennoch eine Ermutigung, daß Ernst gemacht wird mit einer Gesellschaft auf Grundlage vieler Kulturen.

Gerade in einer Zeit, in der neofaschistische und ultranationale Gruppen alles dransetzen, Zwietracht zwischen den Einwohnern unserer Stadt zu säen, zu suggerieren, die sozialen Probleme ließen sich durch Verdrängung von Teilen der Einwohnerschaft mühelos lösen, ausländische Mitbürger nur als Kriminelle, Wohlstandsflüchtlinge oder Seuchenträger darstellen, in so einer Zeit darf ein solches Programm nicht sterben.

Es geht darum, daß nationale Minderheiten, angefangen von der größten, eine Identität in der Bundesrepublik entwikkeln, daß sie sich als Teilder Gesellschaft begreifen, in der sie leben. Dazu gehört es, gerade in der Muttersprache Informationen zu erhalten, und diesen Prozeß der einwanderung bewußt zu fördern, der sich ja tatsächlich schon vollzogen hat und nur noch gedanklich verarbeitet werden muß.

Ein Programm wie BizBize muß erhalten und ausgebaut werden, um das bewußte Zusammenleben von Bremern mit türkischer und deutscher Staatsangehörigkeit zu fördern.

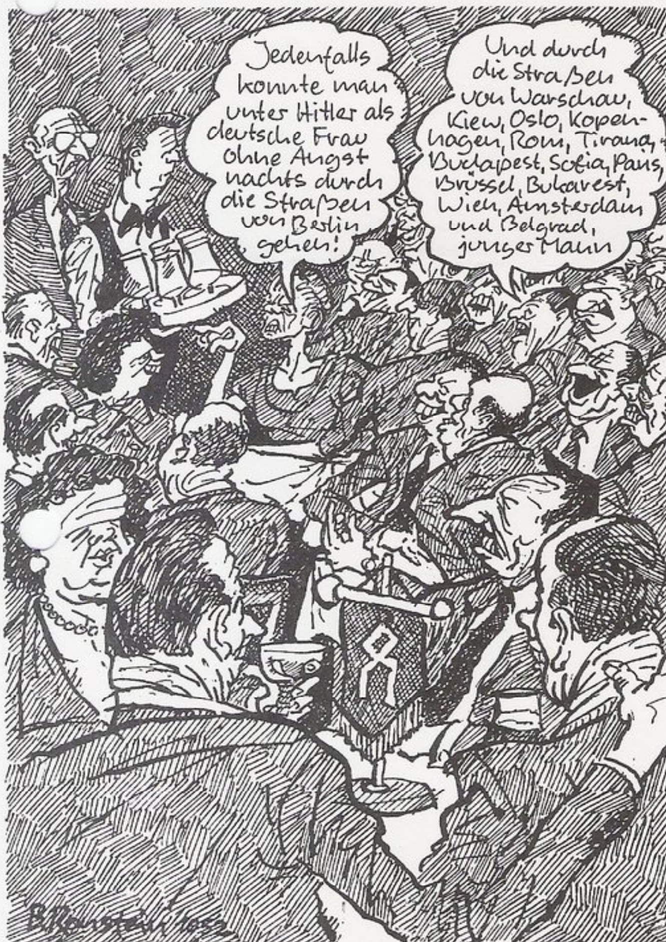
Mit freundlichen Grüßen

R.W. Gaebelein-Henkel
für den Landesvorstand der VVN-BdA

VEREIN TURKISCHER ARBEITNEHMER

27. ordentliche MITGLIEDERVERSAMMLUNG **am Samstag, den 24. Februar 1990 um 15.00 Uhr** in den Vereinsräumen, Schiffbauerweg 4.

Wer kann ehrenamtlich Aufsicht und Führungen übernehmen?
Melden im Büro.





V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark